

120 Tage

Am Samstag, 7. Oktober 2023 entgleiste das Leben. Am Tag davor steckte ich tief in den Vorbereitungen mit Freunden in Beer Scheva für unsere Reise in „Abrahams Stadt und Land“, die die „Freunde Abrahams“ Ende Oktober nach Israel/Palästina hätte führen sollen. Dass diese Planungen nicht weitergehen konnten, war in Minutenschnelle klar. Den Samstag verbrachte ich in Kontakt mit israelischen und palästinensischen Freunden, die, wie ich, über ihre Medien Unvorstellbares live vermittelt bekamen. Am Sonntagmorgen versuchte ich, Gedanken zu ordnen, um für die Freunde Abrahams etwas dazu sagen zu können. Noch am Vormittag wurde diese Stellungnahme versandt:

Nicht durch eine Naturkatastrophe, sondern wieder einmal in den Köpfen von Menschen geplantes und durch die Hand von Menschen verursachtes, unermessliches Leid für Leib und Seelen von Menschen. Fassungslos und voller Schmerz verfolgen wir, was in dem Land, das auch uns sehr am Herzen liegt, geschieht und können nicht begreifen.

Unsere Solidarität gilt – wie schon immer – all den unschuldigen Opfern dieses Konflikts. Unerträglich ist uns, wenn sogar hier in Deutschland Freudenbekundungen von Hamas-Sympathisanten geäußert werden (wie eben berichtet wird). Hunderte Tote – und zu befürchten ist, dass noch viele folgen – und immer noch mehr Leid sind, weiß Gott, keine angebliche „Rettung der Ehre von Al-Aqsa“ – wie Hamas diese Verbrechen begründet. Sie müssen vielmehr endlich dazu beitragen, dass auch Palästinenser und Muslime überall zwischen legitimem Einsatz für die eigenen Rechte und Verbrechen an Unschuldigen unterscheiden.

Dass Palästinenser nicht hinnehmen, was sie seit 75 Jahren erleben, kann niemand verurteilen. Die aktuelle Regierung in Israel hat – noch deutlich schlimmer als schon Regierungen zuvor – gezielt und bewusst durch Worte und Taten provoziert und nahezu täglich Blut vergossen. Dennoch haben zu Viele – auch in Deutschland – dazu geschwiegen. Viele haben es nicht gewagt, das Nötige dazu (wenigstens) offen auszusprechen, weil schon viel zu oft der Antisemitismusvorwurf politisch missbraucht wurde und wird, gegen jede Form von Kritik an Israel.

Der Kampf gegen Antisemitismus aber ist – wie wir doch in Deutschland tagesaktuell erleben (wie viele Stimmen werden heute „AfD“ und „Freie Wähler“ in Bayern ernten?!)[1] – zu bedeutsam und zu drängend, als dass wir diesen Missbrauch für extremistische Politik zulassen dürfen. Jüdisches Leben in Deutschland, offen, frei und ungehindert, muss in jeder Form geschützt und unterstützt werden; nicht die Politik Israels in jeder Form.

Wir sind heute (wie schon immer) solidarisch mit Israel, wenn es Opfer von sinnloser Gewalt ist und seine Existenz als jüdischer Staat in Frage gestellt wird.

Und wir sind heute (wie schon immer) solidarisch mit den Palästinensern, wenn sie Opfer von sinnloser Gewalt sind und ihre Freiheit, ihre Rechte und Menschenwürde negiert werden.

Treten wir – weiterhin und jetzt ganz besonders – für Beides ein; nur dann können wir authentisch sein.

Hoffen wir, dass die Wucht dieser Erschütterung zu einem Umdenken führt, auf beiden Seiten, und wo nötig auch bei uns.

Beten wir mit denen und für die, die jetzt und in den bevorstehenden Tagen (und wohl auch Wochen) betroffen sind. Was sie erleben, können wir uns nicht vorstellen.

Kontext und Antisemitismus

Es kam sehr viel Zuspruch dazu, und bis heute melden sich Stimmen, die dankbar hervorheben, dass hier nicht einseitig eine Positionierung für Israel und gegen die Palästinenser oder umgekehrt gefordert wird – denn das, so wird leider zu Recht bemerkt, sei sehr selten öffentlich zu hören. So kamen denn auch sofort Stimmen, die mich erschreckten: Die Stellungnahme verbreite falsche Tatsachen, falle auf palästinensische Propaganda herein und gebe Israel eine Mitschuld. Zu der Fassungslöslichkeit über diesen von der so genannten „ Hamas“ gestarteten Krieg (ich halte „ Terror“ hier für eine Verharmlosung; Terroranschläge hat die „ Hamas“ immer wieder verübt, seit es sie gibt – was am 7. Oktober verübt wurde, hat eine andere Dimension, für die im Nahostkonflikt noch die Begrifflichkeit fehlt) kommt zusätzlich hinzu, dass von öffentlichen Seiten – von den Vertreter*innen der Landeshauptstadt, aber auch des Landtags und der bayerischen Staatsregierung, dann auch auf Bundesebene und von vielen Medien – eingefordert wurde und teilweise immer noch wird, dass der Kontext des Geschehens nicht angesprochen werden dürfe! Selbst UNO-Generalsekretär Guterres wurde, weil er nicht nur den „ Hamas“-Terror aufs Schärfste verurteilte, sondern zudem denkbar vorsichtig formuliert die Tatsache ansprach, dass das Geschehen „ nicht in luftleerem Raum“ erfolgt sei, „ Terrorunterstützung“ vorgeworfen ... Das Wort „ Kontextualisierung“ ist zu einem neuen Werkzeug in der *tool box* des vorgeblichen Kampfes „ gegen jeden Antisemitismus“ geworden.

Die zweifellos reale Bedrohung durch das iranische Regime wird herangezogen. Vergleiche sogar mit den Verbrechen der Nazis, mit dem Holocaust (! – Vergleiche, die sich sonst in jeder Form verbieten) werden herangezogen. Dass aber der Israel-Palästina-Konflikt seit über 100 Jahren Gewalt und Gegengewalt generiert, soll mit dem 7. Oktober nichts zu tun haben dürfen? Es soll „ antisemitisch“ sein, jetzt darauf hinzuweisen, dass die Palästinenser seit 75 Jahren entrechtet werden, dass ihnen von der aktuellen Regierung, die auch in Israel als „ monströs rechtsextrem“ beschrieben wird, nicht nur jede Perspektive auf eine friedliche und gerechte Lösung, sondern sogar ihre Existenz als palästinensisches Volk abgesprochen wird? Antisemitismus ist in grauenhaftem Ausmaß Zündstoff für Hass, Gewalt und Terror von Palästinensern gegen Israel, und von da aus auch von Muslimen und anderen gegen Juden in Deutschland und weltweit. Deren *Ursache* aber ist ihre anhaltende Entrechtung, die Demütigung und Gewalt, die sie seit Generationen erleben.

Wer aber die Ursache nicht benennt, befeuert den Konflikt – und damit den Antisemitismus. Das ist vielen Menschen offenbar bewusster, als denen, die

regelmäßig beklagen, dass Aufrufe zu Solidaritätskundgebungen mit Israel nicht den erwarteten Zuspruch erhalten, und dass Jüdinnen und Juden in ihrer Trauer und ihrer Sorge vor bedrohlich gewachsenem Antisemitismus von der Breite der Gesellschaft allein gelassen werden würden.

Unterstützung hier – Ausgrenzung dort, ohne Wenn und Aber?

Wir haben nicht verstanden, warum nach dem 7. Oktober Kundgebungen entweder Solidarität mit Israel „ohne Wenn und Aber“ und die Perspektive „der anderen“ totzuschweigen einforderten, oder aber den Gazakrieg anprangerten, ohne dessen Ursache zu benennen und zu verurteilen. Wir waren auch erschrocken darüber, wie inmitten dieser Polarisierungen andere Kriege aus unserer Wahrnehmung verdrängt wurden.

Wir mussten auch erleben, wie Muslime in München und darüber hinaus nach ihrer Religionszugehörigkeit angegangen wurden. Sofort nach dem 7. Oktober wurden mutige muslimische Stimmen laut, nach innen wie nach außen; in den Moscheen wurde von den Kanzeln gepredigt, gegen „Hamas“ und für den Schutz von Synagogen und jüdischem Leben. Und dennoch wurde und wird noch immer eine mangelnde Distanzierung und Solidarisierung von Muslimen in den Raum gestellt! Selbst im „Rat der Religionen“ (dem wir angehören), einem Gremium, das dafür geschaffen sein sollte, in Krisensituationen wie diesen die Kommunikation und den inneren Zusammenhalt zu gewährleisten, wurde intern nach Religionszugehörigkeit eingefordert und vorgegeben, was Muslime zu äußern hätten und was nicht – andernfalls ihnen unterstellt wird, sie unterstützten Terror und verweigerten Israel die Anerkennung. Derselbe Rat der Religionen hatte zwei Tage vor dem 7. Oktober ein sehr schönes „Friedensgebet der Religionen“ vor dem Dom veranstaltet. Als Münchner Muslime von sich aus für den 6.11. ein gemeinsames, öffentliches Gebet auf dem Marienplatz zusammen mit jüdischen und christlichen Religionsgemeinschaften anregten, wurden sie auch damit extremistischer Absichten bezichtigt, sodass das Gebet, das unter Schirmherrschaft des OB gestanden hätte, abgesagt wurde. Die Erschütterung und damit der Schaden für den gesamtgesellschaftlichen Frieden ist gewaltig.

Menschlichkeit ist nicht teilbar!

Wir haben deshalb die Initiative ergriffen und zu einem „Schweigemarsch“ (schönere Begriffe sind „Weg der Stille“ oder „Lichterweg“) aufgerufen. Da Worte falsch verstanden und interpretiert wurden, sollte die Kundgebung ohne Worte auskommen – ohne Grußworte, ohne Reden, ohne Schilder und dergleichen. Da es nicht möglich schien, mehrere Kooperationspartner aus den verschiedenen Religionsgemeinschaften oder darüber hinaus für eine gemeinsame Veranstaltung zu gewinnen – ohne dass vorgegeben worden wäre, wer dabei sein müsste und wer nicht dabei sein dürfte – entschlossen wir uns, das in eigener Verantwortung und alleine zu organisieren, und luden alle, wirklich alle, dazu ein. Durchaus eine Herausforderung für einen Verein wie die Freunde Abrahams mit sehr begrenzten Kapazitäten.

Doch das Interesse der Medien war von Anfang an groß – auch als Folge des verhinderten Friedensgebets. Die Süddeutsche Zeitung, das Sonntagsblatt, die Kirchenzeitung und der BR wiesen schon im Vorfeld auf die Veranstaltung hin. Wir hatten keine Ahnung, wie viele Menschen kämen, meldeten pro forma 100 TN an. Doch der Platz vor der Feldherrnhalle war erfreulich voll, als wir von dort aus den Feldherrn den Rücken kehrten und uns zum Friedensengel aufmachten, „Für Menschlichkeit“. Nur mit Kerzen, und – auch wenn das nicht alle schafften – schweigend. Die Polizei sicherte den Verlauf, über die Ludwig-, Von-der-Tann- und Prinzregentenstraße. Unter dem Engel angekommen, stellten wir ein kleines Ölbäumchen, eine in Zedernholz geschnitzte Allah-Kalligrafie, ein Kreuz aus demselben Holz und ein jüdisches Schofar (Widderhorn) ab. Karin Hildebrand als Christin, Edveta Wimmer als Muslima. Eine jüdische Teilnehmerin konnte dafür leider – trotz aller Bemühungen – nicht gewonnen werden. Viele der Teilnehmenden gruppierten ihre Lichter um das kleine Ensemble herum und blieben dann noch länger zusammen und bedankten sich, dass wir mit diesem zeichenhaften Angebot die ohnmächtige Lähmung, die so viele empfunden hatten, aufbrechen konnten.

Ein großer Dank an alle, die sich aufgemacht haben!

Die Polizei sprach von 550 Personen – aus unserer Sicht ein sehr schönes Zeichen! Das Bayerische Fernsehen berichtete am Abend ausführlich in der „Rundschau“, weitere Medien folgten. In unserer Rundmail, die zwischen den Jahren versandt wurde, ist das Medienecho dokumentiert.

Neu denken!

Mit dem 7. Oktober 2023 hat im Israel-Palästina-Konflikt eine neue Zeitrechnung begonnen. Es muss neu gedacht werden. Am Tag 112 urteilte der Internationale Gerichtshof, dass die Gefahr eines Genozids in Gaza real sei und dass Israel sofort verpflichtet werde, alles zu unterlassen, was die humanitäre Lage noch weiter verschlimmere und wirksame Maßnahmen zu deren Verbesserung einzuleiten. Am Tag 120, an dem dieser Text entsteht, werden voraussichtlich wieder über 200 Menschen sterben. So wie, falls die von der „ Hamas“-Regierung veröffentlichten Zahlen zutreffen, an jedem einzelnen Tag. Und so, wie es von der „ Hamas“ ja auch gewollt und weiterhin befeuert wird. Und die israelische Regierung verkündet, dass dies noch lange so bleiben muss. Dass deren erklärte Kriegsziele – die Befreiung der Geiseln, die Vernichtung der „ Hamas“ und die Verteidigung Israels gegen Angriffe – offenkundig in Widerspruch zueinander stehen, spricht niemand aus. Die Geiseln sollen „ Hamas“ ja – in menschenverachtender Weise – davor schützen, selbst vernichtet zu werden. Eine Organisation, die unter den Bedingungen, unter denen die Menschen in Gaza seit Generationen leben, großen Rückhalt in der Bevölkerung hat, kann nicht ausgelöscht werden, es sei denn durch umfassenden Völkermord; es können aber noch schrecklichere Terrororganisationen generiert werden. Und die jüdischen Menschen in Israel zu verteidigen, wäre die Aufgabe der aktuellen Regierung am 7. Oktober gewesen, durch die wirksame Sicherung der Grenze zu Gaza, durch das Ernstnehmen der vielen Warnungen vor dem Bevorstehenden, die sie ignorierte – vor allem aber durch eine gerechte und friedliche Lösung des Israel-Palästina-Konflikts, die diese Regierung bewusst und gezielt verhindert.

Wir werden uns weiterhin auf Seiten derer positionieren, die eine solche Lösung des Konfliktes fordern und gegen die, die auch jetzt noch immer nur die Perspektive der „eigenen“ Seite gelten lassen wollen. Wir rufen weiter dazu auf, hinzuschauen auch auf das Leid der vermeintlich „anderen“ Seite und immer wieder laut und entschieden „Nein!“ zu sagen zu Gewalt, Terror, Krieg und Leid – egal wem und von wem sie verübt werden – ohne Wenn und Aber.

(aus: [ABRAHAMS POST 44.2024](#))

www.stefan-jakob-wimmer.de